



## Motionenbericht

**Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate****a) Motionen****1 Reglement über den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz**

erheblich erklärt am 29. August 2000

Der Stadtrat wird beauftragt, ein Reglement über den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz auszuarbeiten. Dieses soll namentlich Regelungen zu folgenden Punkten enthalten:

- eine Definition sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
- die Deklaration der umfassenden Informationspflicht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- eine Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung der Angestellten, insbesondere der Vorgesetzten
- ein informelles und formelles Verfahren für die Betroffenen
- eine Beschwerdekommision, der beide Geschlechter angehören
- ein Einsichtsrecht in die Unterlagen der Beschwerdekommision für die Betroffenen (soweit nach kantonalem Recht möglich)
- Regelung der Sanktionen (soweit nach kantonalem Recht möglich)

*Die Motion wird bearbeitet und das Ergebnis soll dem Grossen Gemeinderat noch in diesem Jahr unterbreitet werden.*

**2 Revision Polizeireglement**

erheblich erklärt am 26. September 2000

Der Stadtrat wird beauftragt, das 1964 erlassene Polizeireglement einer Gesamtrevision zu unterziehen.

*Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Gesamtrevision des Polizeireglementes sind im Gange.*



### **3 Neuer Teilplan Verkehr**

erheblich erklärt am 3. April 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

*Der neue Teilplan Verkehr gehört zur Richtplanung, die die Rahmenbedingungen für die weitere Stadtentwicklung und die dazu nötigen Tätigkeiten definieren soll. Sie bildet so Grundlage für die weiteren Planungsschritte, so z.B. die Zonenplanung, Massnahmenpläne, Erschliessungen etc.. Der Richtplan für die Stadt St.Gallen soll für die verschiedenen Sachbereiche - Siedlung, Verkehr, Landschaft etc. - koordiniert, mit einer übergeordneten Zielsetzung und einer gemeinsamen Organisation erarbeitet werden.*

*Der Stadtrat hat in einem ersten Beschluss zur Ausarbeitung der Richtplanung Grundsätze für das weitere Vorgehen, die Organisation und die weiteren Vorbereitungen gutgeheissen. Parallel zur Richtplanung soll das städtische Planungsreglement aus dem Jahre 1975, das nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entspricht, neu erarbeitet werden.*

*In einem nächsten Schritt werden nun die vorgesehene Organisation aufgebaut und die Grundlagen für die einzelnen Sachgebiete bereitgestellt werden. Vorgesehen ist auch die Einsetzung einer „Begleitkommission Richtplanung“ mit Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Kreise und Organisationen. Für die umfangreichen Planungsarbeiten in den einzelnen Sachgebieten werden Kreditbeschlüsse in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates nötig sein; die entsprechende Vorlage wird nach Abschluss der jetzigen ersten Phase ausgearbeitet.*

### **4 Erschliessung der Bauzonen**

erheblich erklärt am 18. September 2001

Der Stadt wird deshalb beauftragt, im Sinne eines Erschliessungsprogramms gemäss Raumplanungsgesetz aufzuzeigen, welche Bauzonen, wann, auf welche Art, mit welchen planerischen und finanziellen Mitteln erschlossen und baureif gemacht werden. Gemäss Art. 2 des städtischen Planungsreglementes ist dieses Erschliessungsprogramm als Bestandteil des Teilplanes Erschliessung und Versorgung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

*Die zeit- und bedarfsgerechte Erschliessung der einzelnen Bauzonen ist eine laufende Aufgabe der verschiedenen zuständigen Verwaltungsstellen, so des Tiefbauamtes, der Stadtwerke, des Entsorgungsamtes etc.. In der Investitionsplanung sind die entsprechenden Mittel eingesetzt, sofern die Stadt die jeweiligen Er-*



*schliessungen mitfinanzieren muss. Auslöser der konkreten Erschliessungsprojekte und der Erschliessungsvornahme sind in der Regel die privaten Bauherren.*

*Die Erschliessungsplanung für die weiteren, teilweise im Übrigen Gemeindegebiet liegenden Erschliessungsreserven ist Teil der Richtplanung. Dazu wird auf die Ausführungen zum Teilplan „Verkehr“ verwiesen. Der mit der Motion verlangte Teilplan „Erschliessung und Versorgung“ wird dem Grossen Gemeinderat vorgelegt, wenn die planerischen Grundlagen für bestehende und mögliche künftige Bauzonen auf der Grundlage des neuen, seit 1. Dezember 2001 gültigen Zonenplanes vorliegen.*

## **5 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen**

erheblich erklärt am 18. September 2001

Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Gemeinderat so rasch wie möglich ein LandschaftsEntwicklungsKonzept zur Beratung und Beschluss zu unterbreiten.

*Es wird auf die Ausführungen zum Teilplan „Verkehr“ verwiesen.*

## **6 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Gemeindestrassen in Wohngebieten**

erheblich erklärt am 20. November 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat ein Projekt für eine Umgestaltung einer stark befahrenen Gemeindestrasse vorzuschlagen. Dabei soll die Wahl auf eine Gemeindestrasse mit bestmöglichem Aufwand/Nutzenverhältnis fallen. Das Projekt soll als Beispiel für Folgeprojekte auch auf Staatsstrasse herangezogen werden können.

*Die Vorbereitung für die Bestimmung der geeigneten Strasse bzw. des Strassenabschnittes und für die Einleitung der Projektierung sind im Gange.*

## **7 Schulgeldverbilligung für gestalterischen und hauswirtschaftlichen Vorkurs sowie für Designerfachkurs an der Gewerblichen Berufsschule St.Gallen (GBS)**

erheblich erklärt am 23. April 2002

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine weitere Übergangsregelung vorzuschlagen, die für den dreijährigen Designerkurs b 1. Januar 2002 und für die beiden Vorkurse ab Schuljahresbeginn 2002 einsetzt. Sie soll bis zum Inkrafttreten der Bestimmung der Elternbeiträge durch den Kanton, längstens aber drei Jahre dauern, und die städtische Beitragsleistung in Höhe von mindestens der Hälfte der Elternbeiträge festlegen.



Der Stadtrat wird durch Dringlichkeitsbeschluss gemäss Art. 64 Abs. 4 des Geschäftsreglementes des Grossen Gemeinderates beauftragt, die Motion innert drei Monaten zu behandeln und Antrag zu stellen.

**8    Abschaffung der Schulgelder auf der Sekundarstufe II - für eine gerechte Bildungspolitik**

erheblich erklärt am 23. April 2002

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er künftig die Schulgelder für Schülerinnen und Schüler aus der Stadt regeln will, die eine Ausbildung auf der Sekundarstufe II absolvieren.

Der Stadtrat wird durch Dringlichkeitsbeschluss gemäss Art. 64 Abs. 4 des Geschäftsreglementes des Grossen Gemeinderates beauftragt, die Motion innert drei Monaten zu behandeln und Antrag zu stellen.

<b>b)    Motionen von Kommissionen</b>
--

**9    Zonenplaneinteilung des Gebietes Burgweiher**

erheblich erklärt am 5. September 1995

Der Stadtrat wird beauftragt, die Zonenplaneinteilung des Gebietes Burgweiher im Zusammenhang mit den erforderlichen Sanierungsmassnahmen für dieses Gebiet zu prüfen und dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag zu erstatten.

*Die Motion wurde von der seinerzeitigen Spezialkommission für die (erste) Vorberatung von Bauordnung und Zonenplan eingereicht. Mit der Einzonung und Überbauung eines Randgebietes entlang der Burgstrasse soll die Sanierung der schützenswerten Burgweiher und deren Umgebung finanziert werden. Die grundsätzliche Zuteilung des übrigen Burgweiherareales in die Grünzone bleibt unverändert.*

*Die Einzonung in die Wohnzone entlang der Burgstrasse ist im Rahmen der Zonenplanrevision vorbereitet und öffentlich aufgelegt. Für die künftige Überbauung sind ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Grundeigentümer Sonderbauvorschriften vorbereitet worden. Schliesslich liegt auch der Entwurf für eine Schutzverordnung über das Gebiet Burgweiher vor. Die Vorprüfung dieser Erlasse ist abgeschlossen, gegenwärtig werden die nötigen Bereinigungen vorgenommen. Anschliessend an das Auflage- und Einspracheverfahren sollen Zonenplanänderung, Sonderbauvorschrift und Schutzverordnung zusammen dem Grossen Gemeinderat vorgelegt werden.*



Wir beantragen, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

<b>c) Postulate</b>
---------------------

**10 Aufwertung der Poststrasse**

erheblich erklärt am 18. Juni 1996

Der Stadtrat wird beauftragt, die bauliche Umgestaltung der Poststrasse in eine attraktive, fussgängerfreundliche Allee zu prüfen und darüber dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag zu erstatten.

*Der Stadtrat legte seine Vorschläge für die Neugestaltung der Poststrasse in der Vorlage vom 10. April 2001 dar. Aufgrund der Beratungen in der Baukommission zog der Stadtrat diese Vorlage anlässlich der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 30. Oktober 2001 zurück. Die Baukommission verlangte insbesondere zusätzliche Überlegungen bezüglich einer Befreiung der Poststrasse vom Individualverkehr.*

*Diese Zusatzplanungen sind im Gange.*

Wir beantragen, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

**11 Baumpflanzungen an Strassen des übergeordneten Strassennetzes**

erheblich erklärt in der Form eines Postulates am 18. Juni 1996 mit folgendem abgeändertem Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, in welcher Weise Verbesserungen der Strassenraumgestaltung, insbesondere Baumpflanzungen, im übergeordneten Strassennetz realisiert werden können.

*Der Stadtrat orientierte bereits anlässlich der letztjährigen Berichterstattung über den Zusammenhang mit dem Initiativbegehren „Strassen zum Leben“. Nach den letztjährigen Diskussionen wurde die Initiative zu Gunsten eines Postulates für die Neugestaltung von Staatsstrassen und einer Motion mit dem Auftrag zur entsprechenden Projektierung einer Gemeindestrasse zurückgezogen. Die Zielsetzung von Baumpflanzungen an solchen Strassenzügen wird nun in diese Strassenumbauten aufgenommen werden. In der laufenden Planung für Sanierungen oder Verbesserungen von weiteren Gemeindestrassen werden wenn immer möglich Baumpflanzungen als wertvolle gestalterische und ökologische Massnahmen be-*



*rücksichtigt. In diesem Sinne bildet das Anliegen des Postulates eine Daueraufgabe.*

*Der Postulatsbericht wird im Zusammenhang mit der Berichterstattung zum erwähnten Postulat bzw. zur Motion erfolgen.*

Wir beantragen, die Frist für den Postulatsauftrag um ein Jahr zu verlängern.

## **12 Aufwertung und Neugestaltung Bahnhofplatz**

erheblich erklärt am 27. Mai 1997

Die Bauverwaltung wird beauftragt zu prüfen und Bericht sowie allenfalls Antrag zu erstatten, durch welche Massnahmen eine Aufwertung und Neugestaltung des gesamten Bahnhofplatzes erreicht werden kann. Dabei ist insbesondere die Durchführung eines Ideenwettbewerbes zu prüfen, und es sind gleichzeitig Sofortmassnahmen aufzuzeigen.

*Die möglichen Massnahmen und städtebauliche, verkehrliche, organisatorische und andere Rahmenbedingungen wurden mit den verschiedensten betroffenen und interessierten Kreisen diskutiert. Es zeigt sich, dass der Handlungsspielraum für kurzfristig realisierbare Massnahmen eng ist. Eigentliche und grundlegende Verbesserungen im Sinne des Postulates lassen sich nur mittel- oder längerfristig erreichen. Zusammenhänge bestehen namentlich mit dem Projekt Bahnhofplatz Nord, der Parkplatzsituation beim jetzigen Bahnhofplatz und mit den Entwicklungen im öffentlichen Verkehr.*

*Ein erster Entwurf für die Berichterstattung zum Postulat wurde mit den verschiedenen Betroffenen nochmals überarbeitet und aufgrund der neuen Entwicklungen aktualisiert. Diese neuen Entwicklungen betreffen die Planung für die Fachhochschule Bahnhof Nord, die Gleiserneuerung der Trogenerbahn und die weiteren Entwicklungen im öffentlichen Verkehr, die Veränderungen nach den Umbaumassnahmen der SBB sowie das Projekt für die Rathaussanierung. Die Vorlage an den Grossen Gemeinderat soll demnächst fertiggestellt und unterbreitet werden.*

Wir beantragen, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

## **13 Zivilschutz**

erheblich erklärt am 17. Juni 1997 in der Form eines Postulates mit folgendem geändertem Wortlaut:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Organisation des Zivilschutzes grundlegend zu überprüfen und Bericht zu erstatten, wie diese zweckmässig und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Auflagen reorganisiert werden kann.



Dabei sollen auch die zukünftigen räumlichen und technischen Bedürfnisse und Ausrüstungen neu abgeklärt werden, unter Einbezug von möglichen Synergien mit ähnlichen Organisationen und zivilen Firmen (Feuerwehr, Armee, Rotes Kreuz, Zivile Spitäler, Samaritervereine, Baufirmen, Helfirmen usw.).

*Die Vorlage wurde dem Grossen Gemeinderat unterbreitet.*

#### **14 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes**

erheblich erklärt am 19. Mai 1998

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Stellung zu nehmen sowie allenfalls ein Konzept auszuarbeiten, wie der Marktplatz, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes, besser genutzt und neu gestaltet werden kann.

*Mit dem Marktkonzept 2000 ist ein erster Schritt im Sinne des Postulates realisiert und die Situation für den Markt bereits wesentlich verbessert worden. Das Wettbewerbsverfahren für den Ersatz der festen Marktstände und mit Ideen für weitere Gestaltungsmöglichkeiten auch im Bereich Blumenmarkt und des gesamten Marktplatzes ist abgeschlossen. Zur Zeit sind die entsprechenden Überarbeitungen, Kostenberechnungen und Projektierungsüberlegungen im Gange. Der Grosse Gemeinderat wird nach Abschluss der Projektierung über die Kredite für neue Marktstände entscheiden können. Dabei wird auch das weitere beabsichtigte Vorgehen für den gesamten Marktbereich dargelegt werden.*

Wir beantragen, die Frist für den Postulatsauftrag um ein Jahr zu verlängern.

#### **15 Nutzungsmöglichkeiten unter dem Waaghaus**

erheblich erklärt am 23. Februar 1999

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten, wie der Raum unter dem Waaghaus instand gestellt und ganzjährig besser genutzt werden kann.

*Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Vorlage des Stadtrates für bauliche Verbesserungen im Waaghaus an der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 23. April 2002 wurde über das weitere Vorgehen diskutiert. Der Grosse Gemeinderat ist auf die Anträge des Stadtrates nicht eingetreten. Die baulichen Massnahmen im Waaghaus sollen erst angegangen werden, wenn Klarheit über die Möglichkeiten im Erdgeschoss sowie auch über allfällige Konsequenzen aus der Revision der Gemeindeordnung im Hinblick auf die Gestaltung des Gemeinderatssaales besteht.*



*Die Nutzung des Erdgeschosses im Waaghaus ist aufgrund der Rahmenbedingungen, vor allem der Denkmalpflege, eingeschränkt. Mit der möglichst guten Nutzung für Veranstaltungen, Märkte, Feste etc. wird weiterhin eine Optimierung der Belegungszeiten angestrebt. Im Rahmen des baulichen Unterhaltes werden auch künftig ständige Beiträge an die hygienischen und sicherheitsmässigen Verhältnisse geleistet. Der Postulatsbericht wird erfolgen, wenn Klarheit über die Zukunft der Nutzung im Erdgeschoss und die baulichen Veränderungen im gesamten Gebäude besteht.*

Wir beantragen, die Frist für den Postulatsauftrag um ein Jahr zu verlängern.

**16 Lehrermord im Engelwies: Und danach?  
Integration in der Oberstufe – Quo vadis?**

erheblich erklärt am 23. März 1999

Der Stadtrat wird eingeladen, in enger Zusammenarbeit mit der betroffenen Lehrerschaft einen Bericht über die Situation an den städtischen Schulhäusern zu erarbeiten, Massnahmen abzuleiten und dem Gemeinderat gegebenenfalls Anträge zu stellen.

*Der Bericht zum Postulat soll noch in diesem Jahr dem Grossen Gemeinderat zugeleitet werden.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

**17 Kulturplatz am Stadtpark**

erheblich erklärt am 22. Juni 1999 in der Form eines Postulates mit folgendem geändertem Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

*Die Frage einer neuen Ausfahrt und evtl. Einfahrt der Brühlorgarage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes, die Varianten für eine solche Lösung mit den entsprechenden Kosten und auch der Kostenteiler zwischen Parkgarage AG und Stadt werden geprüft. Zusammenhänge bestehen auch mit anderen Vorhaben in diesem Gebiet, vor allem der Erweiterung des Museums. Die Parkgarage AG hat Vorprojekte für neue Lösungen der Ein- und Ausfahrt sowie auch Erweiterun-*





*gen der Garage in Auftrag gegeben. Entscheide über das weitere Vorgehen werden nach den Verhandlungen zwischen der Parkgarage AG und der Stadt zu treffen sein.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

## **18 Ausmass und Abgeltung zentralörtlicher Leistungen**

erheblich erklärt am 14. September 1999 mit folgendem geändertem Wortlaut:

Der Stadtrat wird beauftragt, über sämtliche zentralörtlichen Leistungen der Stadt und ihr finanzielles Ausmass Bericht zu erstatten und Wege aufzuzeigen, wie das städtische Gemeinwesen in den nächsten Jahren einen gerechten Lastenausgleich erreichen kann.

*Die Vorlage wurde dem Grossen Gemeinderat unterbreitet.*

## **19 Wirtschaftsförderung: Neuorganisation und neue Schwerpunkte**

erheblich erklärt am 16. November 1999 mit folgendem geändertem Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, über eine allfällige Neuorganisation der Wirtschaftsförderung Bericht zu erstatten. Dabei sind insbesondere die Trägerschaft, namentlich die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Region, die zu fördernden Wirtschaftszweigen sowie die inhaltlichen Schwerpunkte zu überprüfen und es ist die Frage des Wohnortmarketings miteinzubeziehen.

*Die Vorlage wird dem Grossen Gemeinderat noch vor den Sommerferien unterbreitet.*

## **20 Behindertengerechtes Bauen in der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 14. März 2000 mit folgendem Wortlaut:

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie die Stadtverwaltung in naher Zukunft ihre Pflicht, Verantwortung und Kontrolle bezüglich behindertengerechten Bauens, in Kooperation mit den zuständigen Hilfsorganisationen, nachhaltig umsetzen kann.

*Das Anliegen des Postulates wird im Sinne eines Dauerauftrages bei allen Projekten der Stadt, aber auch bei privaten Bauvorhaben berücksichtigt. Eine gesamthafte Auflistung und Darstellung der möglichen Massnahmen und deren Realisierung*



*wird bei der Beantwortung des Postulates dem Grossen Gemeinderat unterbreitet werden.*

*Mit dem Bericht an den Grossen Gemeinderat soll eine Übersicht über die Aktivitäten im städtischen Bereich (städtische Bauten, öffentliche Anlagen, Strassen, Plätze, etc.) wie auch im privaten Bereich (Baugesuche, Bauberatung, etc.) gegeben werden. Die Kapazität für diese umfangreiche Aufgabe ist aber beschränkt, sie wurde teilweise auch durch die BO-Revision und andere Grossprojekte absorbiert. Der Zeitplan sieht nun vor, die internen Vorbereitungen für diesen Bericht in diesem Jahr durchzuführen.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

## **21 Wildnispark Goldacher Tobel**

erheblich erklärt am 4. April 2000

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

*Die Schutzverordnung bedingt grössere Vorbereitungsarbeiten, so z.B. die Definition des Verordnungssperimeters, eine Inventarisierung der Landschafts- und der Schutzobjekte, die Auswertung der Erfahrungen mit anderen Schutzverordnungen der jüngsten Zeit, so vor allem der Sitter- und Wattbachlandschaft etc.. Der Perimeter der Schutzverordnung Goldacher Tobel umfasst mehrere Gemeinden entlang dem Flusslauf. Der Kanton hat deshalb die Koordination und Federführung der Arbeiten übernommen. Der Stadtrat hat die städtische Mitwirkung geregelt und an den Kostenanteil der Stadt einen Beitrag geleistet.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

## **22 Gewalt ist nicht Privatsache**

erheblich erklärt am 20. Juni 2000

Im Sinne einer umfassenden Generalprävention und einer Erweiterung der bestehenden Interventionsmöglichkeiten wird der Stadtrat beauftragt, Möglichkeiten einer wirksamen Gewaltintervention in Familien zu prüfen und Bericht über mögliche Massnahmen zu erstatten.

*Die Arbeiten am Bericht stehen kurz vor ihrem Abschluss.*



**23 Freiwillige Tagesschulen / Tageskindergarten, ein attraktives städtisches Angebot**

erheblich erklärt am 26. September 2000 in der Form eines Postulates

Der Stadtrat wird beauftragt, auf der Basis des Grundkonzeptes „Ausserfamiliäre Betreuung im Schulaltersbereich“ die Errichtung von Tagesschulen und Tageskindergärten in der Stadt unter Berücksichtigung der kantonalen Entwicklung und Vorgaben zu prüfen und dazu Antrag zu stellen.

*Der Bericht zum Postulat soll noch in diesem Jahr dem Grossen Gemeinderat zugeleitet werden.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

**24 Familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter: Ausbau des Angebotes**

erheblich erklärt am 16. Januar 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er das Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern im Vorschulalter rasch und bedarfsgerecht ausbauen will.

*Die Prioritätensetzung im Bereich der familienergänzenden Betreuung von Kindern im Vorschulalter sieht folgendermassen aus:*

- 1. Neuregelung der Subventionierung der bereits unterstützten Kinderkrippen*
- 2. Analyse und Vorschläge bezüglich eines raschen und bedarfsgerechten Ausbaus des Angebotes an familienergänzender Betreuung in der Stadt St.Gallen.*

Das Postulat wird bearbeitet.

**25 Erweiterung der Elternrechte an den städtischen Schulen**

erheblich erklärt am 13. März 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und evtl. Antrag zu stellen, ob und wie die Mitwirkung der Eltern an den städtischen Schulen sämtlicher Stufen verbessert werden kann und welche institutionellen Veränderungen dazu allenfalls notwendig sind.

*In der Stellungnahme zum Postulat wurde erklärt, dass zu den erweiterten Elternrechten im Schulhaus Hof im Sommer 2001 ein Pilotprojekt gestartet und dass über das Projekt bis Ende 2002 ein Bericht vorliegen werde, welcher den Entscheid über die erweiterten Elternrechte massgebend beeinflussen werde. Der Postulatsbericht kann somit frühestens 2003 vorgelegt werden.*



## **26 Freiwilligenarbeit**

erheblich erklärt am 19. Juni 2001

Ich bitte den Stadtrat zu berichten, welche Massnahmen die Stadt zur Förderung und Sichtbarmachen der Freiwilligenarbeit in der Stadt und in der Verwaltung im Vergleich zu anderen Schweizer Städten vornehmen wird.

*Das Postulat wird bearbeitet.*

## **27 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Staatsstrassen**

erheblich erklärt am 20. November 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, sich beim Kanton mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass der Kanton auf den stark befahrenen Staatsstrassen Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität umsetzt und dem Grossen Gemeinderat darüber Bericht zu erstatten.

*Der Stadtrat hat in einer Eingabe zum kommenden neuen Bauprogramm für die Staatsstrassen die entsprechenden Massnahmen nochmals verlangt und den Umbau konkreter Strassenabschnitte (Rorschacher Strasse und Zürcher Strasse) beantragt. Die Tiefbauämter von Kanton und Stadt haben die Vorbereitungen für entsprechende Projekte gemeinsam an die Hand genommen. Der Stadtrat wird den Postulatsbericht unterbreiten, wenn die kantonalen Projekte vorliegen und in das neue Staatsstrassenprogramm aufgenommen sind.*

## **28 Aktion Nachtwind - für eine lebendige Stadt**

erheblich erklärt am 20. November 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen über die Möglichkeiten der Ausdehnung und Finanzierung des Angebots des öffentlichen Verkehrs in der Nacht auf dem Netz der VBSG, sowie der Erweiterung des Angebots auf die Ostwind-Region.

*Der Stadtrat hat in seinen Ausführungen vom Oktober 2001 zur Erheblicherklärung dieses Postulates dargelegt, für den Stadtrat sei unter anderem entscheidend, wie sich der Kanton als Besteller zu solchen neuen Angeboten stellt. Gemäss der Antwort auf eine Interpellation im Grossen Rat unter dem Titel "Nach dem Ostwind der Nachtwind" erachtet es die Regierung als sinnvoll, einen weiteren bedarfsgerechten Ausbau des Spätangebotes an Wochenenden versuchsweise vorzunehmen. Aufgrund dieser Stellungnahme der Regierung ist beabsichtigt, die Bedarfsabklärungen und die Ausarbeitung allfälliger Angebotsvorschläge im Rah-*



*men eines Zusammenarbeitsprojektes der Transportunternehmungen der Region an die Hand zu nehmen.*

**29 Oberirdische Fussgänger Verbindung vom Bohl zum Kulturviertel**

erheblich erklärt am 20. November 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie im Bereich Brühltor / Torstrasse ein oberirdischer Fussgängerübergang verwirklicht werden kann.

*Die Vorbereitungen für eine Berichterstattung sind eingeleitet.*

**30 Die städtischen Friedhöfe**

erheblich erklärt am 27. November 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, ob und wie das Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen überarbeitet und ergänzt werden soll.

*Die Vorbereitungen für die Revision sind eingeleitet.*

**31 Gewaltprävention - Jugendliche als interkulturelle Brückenbauer**

erheblich erklärt am 27. November 2001

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht und Antrag zu stellen, ob und in welcher Weise geeignete Männer und Frauen unterschiedlichen Alters und von unterschiedlicher sozialer und sprachlich-kultureller Herkunft als interkulturelle Brückenbauer zur vermittelnden, konstruktiven Beilegung von Konflikten gewonnen und eingesetzt werden können.

*Das Postulat wird bearbeitet.*

**32 Umsetzung der Lokalen Agenda 21 (LA 21)**

erheblich erklärt am 26. Februar 2002

Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Bericht zu erstellen, der Vorschläge enthält, wie er die Ziele der Lokalen Agenda 21 konkretisieren kann und wie er diese Ziele erreichen, überprüfen und diskutieren möchte.

*Das Postulat wird bearbeitet.*



**33 Konzept für eine familien- und kinderfreundliche Stadt**

erheblich erklärt am 19. März 2002

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die Angebote zur Förderung und Unterstützung von Kindern , Jugendlichen und Familien besser koordinieren will.

*Das Postulat wird bearbeitet.*

**34 Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren**

erheblich erklärt am 19. März 2002

Der Stadtrat wird beauftragt, für die zu schützenden Objekte aus dem Inventar der schützenswerten Bauten 1920 - 1970 und gleichzeitig auch aus den Inventaren der schützenswerten Bauten ausserhalb der Altstadt sowie der schützenswerten Bauernhäuser eine Schutzverordnung zu erlassen.

*Dieser Auftrag des Grossen Gemeinderates erfordert einige und eingehende Überlegungen im Hinblick auf das richtige Vorgehen. Der Stadtrat wird demnächst über die nächsten Schritte entscheiden, unter anderem über die Organisation, die nötigen personellen Konsequenzen und die terminlichen Festlegungen.*

<b>Anträge:</b>
-----------------

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:

- |        |  |
|--------|--|
| Nr. 9  | Zonenplaneinteilung des Gebietes Burgweiher um ein Jahr  |
| Nr. 10 | Aufwertung Poststrasse um ein Jahr   |
| Nr. 11 | Baumpflanzungen an Strassen des übergeordneten Strassennetzes um ein Jahr                                    |
| Nr. 12 | Aufwertung und Neugestaltung Bahnhofplatz um ein Jahr  |
| Nr. 14 | Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und Blumenmarktes um ein Jahr |
| Nr. 15 | Nutzungsmöglichkeiten unter dem Waaghaus um ein Jahr   |
| Nr. 16 | Lehrermord im Engelwies: Und danach?<br>Integration in der Oberstufe – Quo vadis? um ein Jahr                |
| Nr. 17 | Kulturplatz am Stadtpark um ein Jahr   |
| Nr. 20 | Behindertengerechtes Bauen in der Stadt St.Gallen um ein Jahr  |



- Nr. 21 Wildnispark Goldacher Tobel um ein Jahr
- Nr. 23 Freiwillige Tagesschulen / Tageskindergarten, ein attraktives städtisches Angebot um ein Jahr

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber-Stv.:  
Venanzoni

